

Zentrumsparteien in Europa neigen sich bei Migration nach rechts

In Europa wenden sich zentrale Politiker zunehmend rechten Positionen zur Migration zu. Ist es für sie bereits zu spät, um die Wählergunst zu gewinnen? Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen.

Ein Jahr nach seinem Wahlsieg, der bei den europäischen Eliten **für eine seltene Erleichterung und Optimismus** sorgte, traf Polens Führer eine überraschende Ankündigung. Donald Tusk, ein ehemaliger Präsident des Europäischen Rates, dessen enge Verbindungen zu Brüssel ihn sowohl als Retter als auch als Sündenbock in Polens toxischem politischen Klima prädestiniert haben, erklärte am Samstag, dass er plant, das Recht auf Asyl in Polen vorübergehend auszusetzen – und fügte hinzu, dass er im Bedarfsfall gegen die EU kämpfen werde.

Ein starkes Signal zum Jahrestag

„Es ist unser Recht und unsere Pflicht, die polnischen und europäischen Grenzen zu schützen. Ihre Sicherheit wird mit niemandem verhandelt“, schrieb Tusk **in den sozialen Medien**, in einer Sprache, die normalerweise mit dem autoritären populistischen Block assoziiert wird, den er vor einem Jahr besiegt hat. Diese Maßnahme wurde mit maximaler Wirkung am Jahrestag des Wahlsiegs angekündigt und ist eine Reaktion auf die unlösbare Krise an der polnischen Grenze zu Weißrussland, die nach Ansicht Europas von Russland angeheizt wird.

Ein Trend hin zu mehr restriktiven Maßnahmen

Doch vielleicht hätte das nicht überraschen dürfen. Zunehmend verlassen die zentristischen Führer Europas ihre einst hochgesteckte Rhetorik über irreguläre Migration und greifen stattdessen auf Positionen zurück, die zuvor das Vorrecht populistischer Rädelsführer waren. An den Grenzen Deutschlands wurden **Grenzkontrollen** eingeführt. Der neue Innenminister Frankreichs hat **andeuten lassen**, dass Einwanderungsbeschränkungen bevorstehen. Beide Länder waren in den letzten Monaten durch hochkarätige Morde beunruhigt worden, bei denen Migranten als Verdächtige identifiziert wurden, und durch einen Anstieg der Unterstützung für rechtsextreme Parteien.

Die Resonanz auf Migrantendeals

Auf dem Kontinent zeigen viele Länder ernsthaftes Interesse an Italiens umstrittenem neuen Abkommen, Migranten nach Albanien zu bringen, das **diese Woche begonnen hat**. Während die europäischen Führer während eines Gipfels in Brüssel eine Reihe konkurrierender Bedenken über ein fragiles EU-Migrationspaket äußerten, waren die Befürworter eines offeneren Ansatzes – wie **Spaniens Pedro Sanchez** – auffallend in der Unterzahl.

Ein Wendepunkt im Migrationsdiskurs

„Die meisten Politiker in Europa wissen, dass sie bei der Migration nicht gewinnen können, es sei denn, sie schlagen Lösungen vor, die dem ähnlich sind, was Tusk vorschlägt“, sagte Jacek Kucharczyk, Präsident des wahrscheinlichen Think Tanks Institut für Öffentlichkeit. Tusk hat das politische Kapital in Europa, um das Thema voranzutreiben, und ist sich der Tatsache bewusst, dass das Thema illegale Migration eine zentristische Regierung gefährden kann, wenn Boden an die Rechte aufgegeben wird.

In Polen, wie in vielen Teilen Europas, erwarten die Wähler

„grenzüberschreitende Sicherheits- und Migrationskontrollen als Priorität“, so Kucharczyk. „Es gibt nur wenig Spielraum für Politiker.“

Eine Krise, geschürt von Russland

Tusk hatte in dieser Woche nach einem Konflikt an der belarussisch-polnischen Grenze **den Polen gesagt**, er werde von Europa eine „Anerkennung“ seiner Asylsuspendierung fordern. Zunächst wurde ihm diese gewährt; ein Sprecher der Europäischen Kommission erklärte, die Mitgliedstaaten hätten „die Verpflichtung, den Zugang zum Asylverfahren zu gewähren“, und Europa solle eine Lösung für die Situation an der belarussischen Grenze „ohne Kompromisse bei unseren Werten“ suchen.

Am selben Tag äußerten die Führer jedoch stattdessen „Solidarität“ mit Polen und ebneten den Weg für strengere blocweite Maßnahmen, **indem sie feststellten**: „Außergewöhnliche Situationen erfordern angemessene Maßnahmen.“

Die Auswirkungen eines schwindenden Konsenses

Die Situation an der Grenze zu Weißrussland ist in der Tat außergewöhnlich. Weißrussland wird seit langem beschuldigt, Migranten zu ermutigen, die polnische Grenze zu erreichen, im Auftrag von Russland, um Risse in den grenzfreien Prinzipien und dem gemeinsamen Asylsystem der EU aufzudecken. Der jüngste Erfolg von Tusk in Brüssel unterstreicht jedoch einen breiteren Rechtsruck in Europa in Bezug auf irreguläre Migration. Die neue Rhetorik des Kontinents umfasst Konzepte wie externe „Rückkehrzentren“, in die Asylsuchende geschickt werden – eine Randidee vor zwei Jahren, die nun ernsthaftes Gewicht hat.

Europas Führer, darunter die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen und der deutsche Kanzler Scholz sowie der britische Premierminister Keir Starmer – die zentralen Vorkämpfer des Kontinents, die einst als Gegengewicht zur anti-migrantischen Populismus gefeiert wurden – haben sich bemüht, hervorzuheben, wie ernst sie Italiens Vereinbarung mit Albanien nehmen.

Die Zunahme von Spannungen innerhalb der EU

Die Architektin dieses Abkommens, Italiens rechtsgerichtete Führung Giorgia Meloni, wurde erwartet, dass sie bei ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren etwas Außenstehendes auf der europäischen Bühne sein würde. Nun klingen immer mehr Führer wie Meloni. Die Ankünfte in Europa sind tatsächlich **geringfügig gesunken**; in diesem Jahr gab es etwa 140.000 Ankünfte, verglichen mit einem siebenjährigen Höchststand von etwa 275.000 im vergangenen Jahr.

Doch Instabilität und Vertreibung im Nahen Osten, der Erfolg populistischer Parteien in praktisch allen Teilen des Kontinents in diesem Jahr und eine Reihe von gewalttätigen Übergriffen, die angeblich von Migranten begangen wurden – welche von rechten Politikern schnell aufgegriffen wurden, manchmal unterstützt von Fehlinformationen – bedeuten, dass die Brisanz des Themas nur wächst.

Die Reaktion der Migrantenrechtsgruppen

Dies hat die Migrantenrechtsgruppen zunehmend isoliert. Das Internationale Rettungskomitee bezeichnete die Eröffnung von Italiens Offshore-Zentren als „dunklen Tag für die Asyl- und Migrationspolitik der EU“ und äußerte die Hoffnung, dass das Protokoll nicht als Modell für andere dienen würde. „Die Menschen hinter Stacheldraht gefangen zu halten, absichtlich aus dem Blickfeld und dem Bewusstsein fernzuhalten, ist keine

nachhaltige Lösung für die Herausforderungen der Migration in Europa“, sagte die EU-Lobbyistin des IRC, Marta Welander, in einer **Erklärung** gegenüber CNN am Dienstag.

Tusks Strategie mit Blick auf die Zukunft

Trotz dieser Herausforderungen kann Europa bei illegaler Migration auf einen gemeinsamen Kurs zusteuern, bleibt jedoch uneinig. Ein **lang erwartetes neues EU-Migrationspaket**, das darauf abzielt, die Last der Bearbeitung von Asylanträgen gleichmäßiger über den Block zu verteilen, wurde von den 27 Führern aus verschiedenen Blickwinkeln zerpfückt. Einige wollen es schneller umsetzen; andere, einschließlich Tusk, haben gesagt, sie würden umgesiedelte Asylbewerber nicht akzeptieren.

Ein ewiges Problem liegt dem jüngsten Streit Europas zugrunde; Es besteht aus 27 Führern, die jeweils ihre eigenen inländischen Zielgruppen im Kopf haben. Doch alle haben mittlerweile gelernt, dass die öffentliche Wut über die zunehmende legale und illegale Migration eine unveränderliche politische Kraft ist.

Tusk versucht, diese Wut für sich zu nutzen. Der Veteran der zentristischen Politik hat ein gewisses politisches Kapital bei den Wählern, ein Jahr nach seinem Wahlsieg. Doch die populistische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die er im letzten Oktober abgesetzt hat, bleibt eine gefährliche Kraft. Die Angriffe auf Tusk sind in zwei Punkten hauptsächlich angesiedelt: Dass er ein Handlanger Brüssels sei und schwach in Bezug auf die Grenzsicherheit.

Ein heikles politisches Gleichgewicht

Es gibt Einschränkungen für Tusks Plan. Er richtet sich mehr auf die Krise an der Grenze zu Weißrussland als es die ursprüngliche Sprache vermuten ließ; er ist nicht sofort in Kraft und der Weg zu seiner Verabschiedung ist unsicher. Es ist nicht ganz neu – Finnland hat in diesem Jahr einen ähnlichen Plan verfolgt – und

es stellt eine Eskalation, nicht einen Bruch mit Tusks **Haltung** zur Grenzsicherung dar, die immer auf den Bemühungen beruhte, die massierenden Menschenmengen in Weißrussland abzuhalten.

Werft man einen Blick auf die ursprüngliche Ankündigung des Premierministers, so fehlten viele dieser Details. „Tusk hat die Botschaft (zum Asyl) absichtlich verstärkt, um Aufmerksamkeit zu erregen“, sagte Kucharczyk. „Die Narrative von Migration und Sicherheit war etwas, das die PiS in den letzten Jahren sehr erfolgreich genutzt hat; jetzt hat Tusk es ihnen gestohlen und gegen sie gewendet.“

Die Präsidentschaftswahl im Mai im Blick

Tusk hofft, dass diese Strategie den Weg für die Präsidentschaftswahlen im Mai ebnet, um den von der PiS unterstützten, veto-bereiten Präsidenten Polens zu ersetzen – ein Wettbewerb, der für die legislativen Hoffnungen der Regierung von entscheidender Bedeutung ist. „Es ist eine existenzielle Frage für diese Koalition, und sie wollen bei Themen wie Migration keine Risiken eingehen“, sagte Kucharczyk.

Scholz könnte neidisch zusehen. Tusk hat eine harte Position zur Grenzsicherung eingenommen, bevor das Thema seine Popularität gefährdet, aber für den deutschen Führer könnte es bereits zu spät sein. Scholz, dessen SPD voraussichtlich im nächsten Jahr die Macht verlieren wird, hat nur langsam auf die öffentliche Wut reagiert, die kürzlich durch ein fatalen **Messerattentat** in der westdeutschen Stadt Solingen entfesselt wurde.

Wenige Tage später erzielte die AfD den ersten landesweiten Wahlsieg seit der NS-Zeit – ein Durchbruch, der Europa beunruhigt. In diesem Kontext reagierte Scholz plötzlich, indem er Grenzkontrollen an Deutschlands westlichen Grenzen einführte, zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontrollen an

der östlichen Flanke. Ungarn und die Slowakei haben ähnliche Schritte unternommen.

Die Herausforderungen für das Schengener Abkommen

Die grundlegende Frage bleibt, ob die langjährigen Prinzipien des schengenlosen Schengenraums eine anhaltende Ära steigender Migration und populistischer Untergrabung überstehen können. Die Antwort darauf könnte teilweise davon abhängen, wie erfolgreich die gegenwärtigen zentristischen Politiker Europas im Kampf gegen die populistischen Rivalen sind – und ob sie dabei einen Ruf für Mäßigung aufrechterhalten können.

Tusk scheint bereit zu sein, diesen Kurs einzuschlagen. Aber von links gibt es Risiken. „Tusks Wähler werden vielleicht die Sicherheitsdimension seines Asylplans applaudieren“, so Kucharczyk. „Aber sie werden auch sehen wollen, wie (er) sich von der harten Rechten unterscheidet.“

CNNs Barbie Latza Nadeau hat zur Berichterstattung beigetragen.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at